bnr.de
blick nach rechts

14. Mai 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 10/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Systemüberwindung als Ziel 2

Die Beteiligung der NPD an den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt ist und bleibt für die Rechtsextremisten nur Mittel zum Zweck.

Mini-Manifestation 3

Dem zweiten Kölner „Kongress" der „pro"-Bewegung mangelte es an Teilnehmern und der Unterstützung von angekündigten „prominenten europäischen Rechtsdemokraten".

Szenen in der Provinz 4

Neonazis wollen auch im Bayerischen Wald Strukturen aufbauen.

VERFASSUNGSCHUTZ 5

Organisierte „Volksfront" 5

Neonazistisch geprägte NPD in Hamburg.

Aktionistisches Potenzial 5

Bedeutungsverlust für die NPD in Schleswig-Holstein.

GRAUZONE 6

„Strandmissionen" 6

„Bibellesebund" will im Sommer wieder auf den Ostfriesischen Inseln aktiv werden.

AUSLAND 7

Auf Erfolgskurs 7

Die FPÖ driftet unter ihrem Vorsitzenden Strache extrem nach rechts – bei den Nationalratswahlen im vergangenen Herbst hat sie gerade bei den Jungwählern besonders gut abgeschnitten.

Gebremster Höhenflug 8

Dem extrem rechten Vlaams Belang könnte im flämischen Landesteil Belgiens eine neue rechtspopulistische Formation Konkurrenz machen – für Negativschlagzeilen sorgt im französischsprachigen Wallonien der Front National.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Unternehmen „Overlord" 10

Im Juni vor 65 Jahren begann die Offensive der Westalliierten zur Befreiung Europas in der Normandie – die deutschen Besatzer verübten zeitgleich Massaker an der französischen Zivilbevölkerung.

MELDUNGEN 11

Systemüberwindung als Ziel

Die Beteiligung der NPD an den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt ist und bleibt für die Rechtsextremisten nur Mittel zum Zweck.

Mit insgesamt 76 Kandidaten tritt die NPD zu den parallel zur Europawahl am 7. Juni stattfindenden Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt an. Schwerpunkt der Wahlkämpfe werden die kreisfreien Städte. „Ziel der Schwerpunktwahlkämpfe sind Stadtratsfraktionen in den Stadträten von Magdeburg und Halle", verkündet der NPD-Landeschef Matthias Heyder selbstbewusst. Nach einer Änderung der Gemeindeordnung müsste die NPD zur Erreichung dieses Zieles jeweils drei Kandidaten in die Stadträte der beiden größten Städte Sachsen-Anhalts entsenden können. Denn mindestens drei Mandatsträger sind zur Bildung einer Fraktion in einem Kommunalparlament erforderlich. „Dieses Ziel ist mehr als nur realistisch und wird neben dem bundesweiten Signal den Weg für kommende Wahlkämpfe ebnen", tönt Heyder. Erklärtes Ziel der NPD ist der Einzug in den Landtag im Jahr 2011.

Ein Einzug in den Landtag sei stets an eine ausgebaute Struktur von Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten gebunden, gibt der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD, Hartmut Krien, seinen wahlkämpfenden Gesinnungsgenossen in Sachsen-Anhalt mit auf den Weg. „Wo wir antreten, ziehen wir ein", so Krien wörtlich. „Kämpfen wir jetzt um die Fraktionsstärke."

Tatsächlich ist die NPD bei den zurück liegenden Kreistagswahlen, die in Folge einer Kreisgebietsreform erforderlich wurden, in sieben von neun Landkreisen mit insgesamt 13 Mandatsträgern in deren Kreistage eingezogen, in mehreren Kreisen in Fraktionsstärke. Im Stadtrat von Halle ist die rechtsextreme Partei bereits seit 2004 vertreten.

In Magdeburg und Halle tritt die NPD entsprechend ihres Wahlkampfschwerpunktes flächendeckend mit Bewerbern in allen Wahlkreisen an. Kandidaten hat sie auch in den Mittelzentren des Landkreises Harz, Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg aufgestellt. Im Burgenlandkreis, wie der Landkreis Harz traditionell eine der NPD-Hochburgen in Sachsen-Anhalt, kandidiert die Partei zu vier Stadtratswahlen und einer Verbandsgemeinderatswahl. Darüber hinaus treten die Rechtsextremisten zu weiteren acht Stadtratswahlen in verschiedenen Landkreisen an.

Auffällig ist, dass die NPD keine Kandidaten für die Kreistagswahlen in den Altmarkkreisen Salzwedel und Stendal aufgestellt hat. Diese Kreise waren von der Gebietsreform nicht betroffen und wählen ihre Kreistage deshalb erst jetzt. Offenbar gerät die rechtsextreme Partei, deren Mitgliederzahl in Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz mit rund 250 angegeben wird, doch an personelle Grenzen. Lediglich in Tangermünde im Altmarkkreis Stendal tritt sie mit einem Kandidaten an.

Dass politisch-parlamentarische Teilhabe auf Grund von Wahlen für die NPD nur ein Schritt zum eigentlichen Ziel ist, macht der Landeschef Heyder deutlich. „Das Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung, der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in- und außerhalb der Parlamente." Die parlamentarische Teilhabe dient also aus Sicht der NPD in erster Linie der Instrumentalisierung zur Abschaffung des Parlamentarismus in Deutschland und dessen Ersetzung durch ein völkisch-nationalistisches System mit hierarchisch streng gegliederten Führungsstrukturen. Um diesem Ziel näher zu kommen, nutzt sie auch die mediale Aufmerksamkeit, die ihr mit einer nennenswerten Verankerung in den Parlamenten sicher ist. Hinzu kommt als weiterer Grund für die Beteiligung der NPD an den Kommunalwahlen die Finanzierung auch der Parteiarbeit in Form von Fraktionsgeldern.

In den sachsen-anhaltischen Kreistagen, in denen die NPD bereits vertreten ist, tritt sie höchst unterschiedlich auf. Während sich die zweiköpfige Fraktion im Landkreis Harz mit einer Fülle von Anträgen und Anfragen präsentiert, fallen die NPD-Vertreter etwa im Burgenlandkreis durch ständige Provokationen und Störungen auf, die zumeist durch sympathisierende Zuhörer noch unterstützt werden. Im Salzlandkreis mit der Kreisstadt Bernburg glänzen die NPD-Mitglieder zwar durch beständige Anwesenheit im Plenum und in den Ausschüssen, ansonsten aber durch völlige Inaktivität. Interne Zerwürfnisse, die den NPD-Landesverband in den vergangenen Monaten an den Rand einer Zerreißprobe gebracht haben, haben sich hingegen auf die Fraktionen in den Kreistagen nicht ausgewirkt.

Eberhard Löblich

Mini-Manifestation

Dem zweiten Kölner „Kongress" der „pro"-Bewegung mangelte es an Teilnehmern und der Unterstützung von angekündigten „prominenten europäischen Rechtsdemokraten".

Es sollte „die bisher größte europäische rechtsdemokratische Manifestation gegen Islamisierung, Parallelgesellschaften, Großmoscheeprojekte und Überfremdung" werden, so hatte „pro Köln" versprochen. Zwar erlebten die Organisatoren des „Anti-Islamisierungskongresses" am 8. und 9. Mai nicht erneut einen kompletten R(h)einfall wie bei der ersten Auflage der Veranstaltung im vorigen September. Aber die großspurig angekündigte zweite Ausgabe des „Kongresses" zeigte den „pro"-Gruppierungen erneut ihre Grenzen auf. Aus der „größten europäischen rechtsdemokratischen Manifestation" wurde eine Aneinanderreihung von vier lokalen Mini-Kundgebungen und einer „Großveranstaltung" mit gerade einmal 300 Anhängern.

Samstagvormittag auf dem Barmer Platz, einer trostlosen Brachfläche im rechtsrheinischen Deutz. Schlagermusik scheppert aus Lautsprechern, die für die Beschallung einer so großen Fläche nicht geeignet sind. Heinos „Schwarze Barbara" ertönt zur Begrüßung der Ankommenden – auf sein „Schwarz-braun ist die Haselnuss" hat man wohlweislich in diesem Augenblick verzichtet. Von den angeblich erwarteten „bis zu 2000" Teilnehmern ist wenig zu sehen. Und: Unter den gut 400 Menschen auf dem Platz sind etwa 100 Gegendemonstranten, die sich mit Trillerpfeifen, Sprechchören und „Ihr seid nur ein Karnevalsverein"-Gesängen bemerkbar machen, ehe sie von „pro"-Ordnern und Polizei zur Seite gedrängt werden. Die Redner stehen auf der Ladefläche eines Miet-Lkws. Die große Bühne, die die „Freunde" vom Vlaams Belang angeblich aufbauen wollten, fehlt. An einem zweiten Lastwagen lehnen Demo-Utensilien: Transparente und die runden Stopp-Moschee-Schilder, die man von „pro"-Veranstaltungen kennt – zuviel Material für die „Großveranstaltung", die sich als Klein-Kundgebung darstellt. Nichts zu sehen ist auch von den versprochenen Info-Pavillons der „europäischen Mitveranstalter".

Angekündigt sind „prominente Vertreter der erfolgreichsten rechtsdemokratischen Parteien Europas". Doch auch dieses Versprechen entpuppt sich als heiße Luft. Die angekündigten Europaabgeordneten Andreas Mölzer (FPÖ), Carl Lang („Parti de la France") und Mario Borghezio („Lega Nord") fehlen ebenso wie der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche. Eine Erklärung dafür wird nicht geliefert. Das „pro"-Fußvolk muss sich, abgesehen vom „Vlaams Belang"-Fraktionschef Filip Dewinter, mit der zweiten und dritten Garnitur begnügen. Für die FPÖ spricht Generalsekretär Harald Vilimsky, für die tschechische Splitterpartei „Narodni Strana" ihre Vorsitzende Petra Edelmannová, aus Frankreich für die „Nouvelle Droite Populaire" Robert Spieler sowie Annick Martin, die Generalsekretärin des „Mouvement national républicain". Aus Spanien gekommen ist Josep Anglada i Rius von der ausländerfeindlichen „Plataforma per Catalunya", aus Italien die „Islamkritikerin" Adriana Bolchini. Der „pro Köln"-Vorsitzende Markus Beisicht, der Köln-Ehrenfelder Bezirksvertreter Jörg Uckermann und Christian Perbandt von „pro Hannover" komplettieren die Riege der Redner.

„Der Islam ist unser schlimmster Feind", schreit Anglada ins Mikrofon. Oben auf der Bühne fühlen sich Beisicht & Co. sichtlich wohl. Unten im Publikum rührt auch jener „pro"-Anhänger die Hände, der sich an diesem Tag ein T-Shirt übergezogen hat, das vorne den Schriftzug „Deutsch – Stolz – Treue" trägt und hinten die Ankündigung „Eure Galgen werden schon gezimmert". Eine Stunde vor dem vorgesehenen Ende haben die Rechtspopulisten bereits ihr rhetorisches Pulver verschossen. Dennoch tönt Markus Beisicht im Schlusswort, Köln werde sich künftig „jedes Jahr an einen Anti-Islamisierungskongress gewöhnen müssen". Auf der Homepage der selbst ernannten „Bürgerbewegung" wird die Teilnehmerzahl mit „rund 1000" angegeben, locker mehr als verdreifacht.

Trotz der geringen Teilnehmerzahl, trotz der organisatorischen Defizite, des Fehlens einer mobilisierungsfähigen Basis, der inhaltlichen Dürftigkeit und rhetorischen Beschränktheit der Rechtspopulisten aus dem Rheinland: Für eine Entwarnung im Vorfeld der NRW-Kommunalwahl wäre es zu früh. Anders als bekennende Neonazis zieht es ihre Klientel nicht zum „Kampf um die Straße" nach draußen. Ihr reicht das Kreuz in der Wahlkabine. Und dort sind Erfolge für die „pro"-Gruppen nicht ausgeschlossen.

Tomas Sager

Szenen in der Provinz

Neonazis wollen auch im Bayerischen Wald Strukturen aufbauen.

Als „normal“ anerkannt zu werden und Bürgernähe zeigen – das lag den martialisch auftretenden Teilnehmern des Neonazi-Aufmarsches am 9. Mai in Regen nicht im Sinn. Viel mehr wollten die rund 120 Freien Kräfte und „Autonomen Nationalisten“ um Matthias Fischer aus Fürth mit der Parole „Repressionen stoppen – Polizeistaat auflösen“ Präsenz und Stärke suggerieren, nicht zuletzt, um Jugendliche für die neuen Strukturen im Bayerischen Wald anzulocken. Der Ex-Anhänger der verbotenen „Fränkischen Aktions-Front“ (FAF) Fischer ist einer der ärgsten Konkurrenten von NPD-Landeschef Ralf Ollert. Nach einem gescheiterten Putschversuch hatte er gemeinsam mit Uwe Meenen seine Ämter niedergelegt und den Parteitag im vergangenen November wütend verlassen. Meenen wurde kurze Zeit später in den Bundesvorstand der NPD berufen. Fischer versucht zurzeit – gemeinsam mit anderen freien Kräften – unter dem Deckmantel „Freies Netz Süd“ lokale Strukturen in den ländlichen Regionen außerhalb Frankens aufzubauen. Zum Zielgebiet gehört auch der Bayerische Wald in der Region zwischen Regensburg und Passau.

Aufgerufen zu der Demonstration in Regen hatte eine kleine Gruppe von jugendlichen Neonazis, die sich „Freie Nationalisten Bayerischer Wald“ nennen. Viele der sehr jungen Demonstranten stammen aus den Reihen der Jungen Nationaldemokraten oder Freier Kräfte und gerieren sich nun als „Autonome Nationalisten“. Unter Führung der Franken um Fischer und Norman Kempken sowie Robin Siener vom „Widerstand Cham“ beteiligten sich der „Nationale Widerstand Straubing-Landau“, die „Kameradschaft Nürnberg“, „Widerstand Tirschenreuth“ und der Kameradschaftsbund „URD & Skult“ aus Cham. Der ehemalige NPD-Kandidat Harald Merl aus Schwandorf musste immer wieder von den eigenen Ordnerkräften zur Ruhe gerufen werden. Zu sehr ließ sich der von der Partei als „Logistiker“ beworbene Staplerfahrer vom massiven Protest in der Innenstadt aus der Ruhe bringen und brüllte herum. Unter den Teilnehmern waren zahlreiche junge Frauen sowie der Sänger der Band „Noise of Hate“ aus Amberg. Im Verlauf der Demonstration nahmen die Polizeikräfte acht Gegendemonstranten und vier Neonazis vorläufig fest. Die Neonazis brüllten die ganze Wegstrecke über einstudierte AN-Parolen wie „Regen erwache“, „Nationaler Sozialismus – Jetzt jetzt jetzt“, „Nie nie wieder Israel“ oder „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Sie sangen: „Steht auf, wenn ihr für Freiheit seid“ und zeigten dabei ihr gelbes Transparent mit einem im Rollstuhl sitzenden Wolfgang Schäuble.

Als ihre politischen Ziele fordern die Neonazis aus Cham „die Vereinigung des ganzen deutschen Landes und die Einführung einer gesamtdeutschen Verfassung durch Volksabstimmung“ sowie die „Einführung unserer alten Landesfarben (schwarz-weiß-rot)“. In Regen treffen sie auf massiven Protest. Überall in den Straßen und um den Marktplatz herum haben sich zahlreiche jugendliche Gegendemonstranten aufgestellt. Sie schreien die Neonazis vor dem Supermarkt und in den engen Gassen nieder. Bunte Spruchbänder zieren den Ort wie: „Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm – bei Nazis ist es andersrum“. Die Kundgebung im Stadtzentrum geht im Protestgeschrei weitestgehend unter. Matthias Fischer grüßt die „lieben Antifas“ als „fünfter Kolonne des Systems“ sowie „die lieben maximal-pigmentierten neudeutschen Mitbürger“ in Regen. Dann wettert er gegen staatliche Repressionen, bezeichnet die Bundesrepublik als „eine Lachnummer“, zudem sei Deutschland größer als die BRD. Gewohnt aggressiv verkündet er, die Geschichte habe bewiesen, dass jedes System irgendwann sein Ende fände, und dann „stehen wir da und werden euch die Alternative aufzeigen! Und unsere Alternative heißt nur: Nationaler Sozialismus!“

Fischer absolviert den Aufmarsch in Regen als Pflichttermin. Für ihn und seine Mitstreiter ging es um Präsenz, mit einem solchen massivem Protest gerade aus der jugendlichen Zielgruppe hatten sie wohl kaum gerechnet. Engagierte Bürger berichten, dass es in Niederbayern Sympathien für Rechtsextremisten gebe, „hier ist für die ein fruchtbarer Boden“. Auch die Lokaljournalisten vom „Bayerwald-Boten“ hatten soviel Zivilcourage nicht erwartet. Lautes Gelächter, als die Neonazis vor aller Augen ihren Lautsprecherwagen anschieben müssen. Junge Frauen in bunter Kleidung rufen: „Wir sind dagegen – Nazis in Regen!“ und immer wieder „Schleicht’s euch!“.

Andrea Röpke

Organisierte „Volksfront“

Neonazistisch geprägte NPD in Hamburg.

Die NPD und die mit ihr gemeinsam agierenden, aktionistisch orientierten Rechtsextremisten setzen in Hamburg die stärksten Akzente am rechten politischen Rand. Dieses Faktum und die steigende Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten sind die zentralen Erkenntnisse des Hamburger Verfassungsschutzberichtes 2008 in der Rubrik „Rechtsextremismus“, der in der Wertigkeitsskala hinter dem gewaltbereiten Islamismus und dem Linksextremismus rangiert.

Trotz des miserablen Abschneidens bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 – die DVU erreichte nur 0,8 Prozent, die NPD trat im Rahmen des „Volksfront-Bündnisses“ nicht an – steigerte die rechtsextreme Szene deutlich ihre öffentliche Präsenz. Sie meldete statt 22 (im Jahr 2007) 41 Informationsstände an und sorgte mit 1500 Teilnehmern an der Demonstration zum 1. Mai (Motto: „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung“) für Aufsehen. Unter den Demonstranten befanden sich der aktionistische Teil der NPD, ausländische „Autonome Nationalisten“ und hiesige Neonazi-Kameradschaften. Erstmals marschierte in Hamburg ein 400 Personen starker „Schwarzer Block“ auf – „ein Bruch mit der alten Taktik, weil die Symbolik der Linken – Sonnenbrillen, Baseballcaps, Palästinensertücher – übernommen wurde“, sagte Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU). Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit Nazigegnern und der Polizei sowie Gewalttaten. Ein Journalist wurde von mehreren Nazis mit Schlägen und Fußtritten traktiert. Einer der Täter erhielt eine Bewährungsstrafe von sieben Monaten. Die Tat bestätigt den Trend zur Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der rechtsextremen Straftaten von 349 auf 385. „Am aufsehenerregendsten sind die 45 Gewaltdelikte“, betonte Vahldieck. 2007 waren es 22.

Zum rechtsextremen Spektrum in der Hansestadt zählt der Verfassungsschutz 540 Personen, darunter 80 Neonazis (2007: 85), gleichbleibend 150 gewaltbereite Rechtsextremisten einschließlich Skinheads sowie – unverändert – 160 Mitglieder der DVU und 140 NPD-Parteigänger.

Der NPD-Landesverband ist seit der Wahl des Rechtsanwalts Jürgen Rieger zum Vorsitzenden zunehmend neonazistisch geprägt. Eine Trennung zwischen „parteigebundenen“ und „parteifreien“ Aktivisten der „Volksfront“ sei in Hamburg kaum noch möglich, heißt es im Bericht des Verfassungsschutzes. Dass sich die NPD wegen Führungsquerelen und Finanzskandalen „selbst zerlegt“, hält Vahldieck für „zu optimistisch“. Derweil lehnt der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) ein Verbot der NPD kategorisch ab: „Die NPD muss politisch bekämpft werden, nicht juristisch.“ Eine zentrale Rolle in der Hamburger NPD spielten „die Bramfelder“, berichtete Vahldieck. Er meint damit die nach dem Prinzip der Freien Nationalisten organisierte „Neonazi- und Skinheadszene Bramfeld“. Die Kameradschaft mit einem Mobilisierungspotenzial von 30 Personen betont offiziell ihre Unabhängigkeit von der NPD, ist aber personell eng mit ihr verflochten.

Weiter aktiv ist auch das „Aktionsbüro Norddeutschland“, dessen Internetauftritt „maßgeblich“ von Tobias Thiessen verfasst wird. Ein weiteres Portal mit der Site „Jugend zu uns“ betreibt der „Kameradenkreis Neonazis in Hamburg“, zu dem zehn bis 15 „ideologisch gefestigte Personen“ gehören.

Volker Stahl

Aktionistisches Potenzial

Bedeutungsverlust für die NPD in Schleswig-Holstein.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht in Schleswig-Holstein rechnet der rechtsextremen Szene 1420 Angehörige zu. Die NPD bleibt bei konstant 240 Mitgliedern, die DVU zählt 210 Mitglieder und büßte im Berichtsjahr 2008 damit 40 ein. Ungebundene Rechtsextremisten, darunter die überwiegende Masse aus dem subkulturellen Spektrum mit verstärkter Bereitschaft zu Aktionismus und Gewalt, bilden den Rest der Statistik.

Die Bedeutung der aktionistischen Kräfte hat zugenommen, die der NPD ist zurückgegangen. Innenminister Lothar Hay (SPD). „Die NPD ist kaum noch in der Lage, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu organisieren.“ Von 102 ins Rennen geschickten Kandidaten haben nur zwei ein Kommunalmandat errungen, obwohl die Fünf-Prozent-Hürde abgeschafft wurde. In Zahlen

ausgedrückt hatten 4717 Schleswig-Holsteiner bei den Kommunalwahlen der NPD ihre Stimme gegeben. Die Partei besitzt sechs Kreisverbände, die sich aber durch unterschiedlich rege Aktivitäten auszeichnen. Genau wie bei Freien Nationalisten steht und fällt die Aktionsskala mit einzelnen Wort- und Handlungsführern. Im Verfassungsschutz werden namentlich ausdrücklich Thomas Wulff, Tobias Thiessen und Peter Borchert genannt. Wulff gehört dem NPD-Landesvorstand an und steuert offenbar Inhalte wie Taten genauso wie Thiessen, der mit der Internetplattform „Aktionsbüro Norddeutschland“ als Knotenpunkt über Ländergrenzen hinaus fungiert. Als Kopf, Organisator und Motivator bei regionalen und überregionalen Aufmärschen hat sich der frühere NPD-Landeschef Borchert gezeigt.

Es gab im Vorjahr drei Rechtsrockveranstaltungen, eine im seit zwölf Jahren bestehenden „Club 88“ in Neumünster-Gadeland, zwei im Rotlichtviertel Kiels. Dazu wurden fünf Liedermacherabende aufgelistet, zwei in Kosel (bei Eckernförde) auf dem Anwesen von Dieter Kern, zwei in Neumünster („Club 88“ und im Innenstadt-Treffpunkt „Titanic“) sowie einer in Lübeck. In Kosel traf die Szene sich unter anderem auch zu einer Sonnenwendfeier. Musikalisch traten die Rechtsrockbands „Holsteiner Wölfe“ (Raum Ratzeburg), „Das Letzte Aufgebot“, „Einherjer“ (beide Raum Lübeck) sowie die ostholsteinische Gruppe „Word Of Anger“ in Erscheinung.

Dietmar Munier hat sich mit seinem Arndt-Verlag in Martensrade (Kreis Plön) seit Jahren etabliert und seine Bandbreite sogar noch erweitert. Neben dem Bonus-Verlag, dem Orion-Heimreiter-Verlag, dem Verlag Pour Le Merite und dem Buchdienst Lesen & Schenken zeichnet er auch verantwortlich für die „Deutsche Militärzeitschrift“.

Von überregionaler Bedeutung ist ein regelmäßig aus Schleswig-Holstein heraus organisiertes Fußball-Freiluftturnier für nationale Gesinnungskräfte. Als neonazistische Rituale haben sich inzwischen auch der Gedenkmarsch für alliierte Bombenopfer in Lübeck und der Besuch des Grabes von Karl Dönitz, dem früheren Oberbefehlshaber der Reichsmarine, im Sachsenwald herausgestellt.

Horst Freires

„Strandmissionen“

„Bibellesebund“ will im Sommer wieder auf den Ostfriesischen Inseln aktiv werden.

Der im konservativen christlichen Spektrum angesiedelte „Bibellesebund“ mit Sitz in Marienheide im Oberbergischen Kreis will auch in diesem Sommer auf den Ostfriesischen Inseln so genannte „Strandmissionen“ praktizieren. Deshalb sucht er zurzeit Mitstreiter unter Glaubensfreunden. Zielgruppe der „Strandmissionen“ sind kleine Kinder, die über Spiele und Vorlesen, Spaß und Aktionen mit der Bibel und einer bestimmten Interpretation der christlichen Botschaft in Berührung gebracht werden sollen. Sie werden am Strand angesprochen und zum Mitmachen eingeladen.

Die 1867 in England gegründete Organisation ist international tätig, versteht sich als Dienstleister für Kirchen, Freikirchen und religiöse Gemeinschaften. Die „Strandmissionen“ auf den Ostfriesischen Inseln richtet der Bibellesebund bereits seit rund 30 Jahren aus und arbeitet dabei nach eigenen Angaben mit den Kurverwaltungen zusammen. Die Aktivitäten würden in der Regel von einem hauptamtlichen Mitarbeiter des Bibellesebundes angeleitet, heißt es auf Anfrage unserer Redaktion. Um Kritiker auszubremsen, wird sogleich auf die Mitgliedschaft des Bibellesebundes im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche verwiesen.

Und Kritiker gibt es durchaus. Zu ihnen zählen die Journalisten Oda Lambrecht und Christian Baars, die beide für Rundfunk und Fernsehen tätig sind. Sie verweisen unter anderem auf die Mitgliedschaft des Bibellesebundes in der „Deutschen Evangelischen Allianz“. Bei der handele es sich um einen Dachverband von evangelikalen und zum Teil auch fundamentalistischen Kirchen und Organisationen. Die „Deutsche Evangelische Allianz“ und ihre Mitglieder, meinen Lambrecht und Baars, seien gegenüber Andersgläubigen oder Nichtgläubigen intolerant und wollten sie missionieren. Das gelte ausdrücklich ebenfalls für den Islam. Auch die Positionen etwa zur Homosexualität oder zum Selbstbestimmungsrecht der Frau seien bedenklich, finden die Journalisten. Sie hatten sich für ihr Buch „Mission Gottesreich“ mit dem Thema des fundamentalistischen Christentums intensiv befasst.

Thomas Klaus

Auf Erfolgskurs

Die FPÖ driftet unter ihrem Vorsitzenden Strache extrem nach rechts – bei den Nationalratswahlen im vergangenen Herbst hat sie gerade bei den Jungwählern besonders gut abgeschnitten.

Im „Europabierstadl“ in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) am 1. Mai ihren Europawahlkampf eröffnet. Hauptredner des Tages war der seit April 2005 amtierende FPÖ-Bundesobmann (= Bundesvorsitzende) Heinz-Christian Strache (Jg. 1969). Unter dem Jubel seiner Anhänger erklärte Strache die Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni als „Tag der Abrechnung“. Auf Stimmenfang will die FPÖ mit rechtspopulistischen Wahlkampfparolen wie „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“, „Unser Kurs ist klar: Abendland in Christenhand“ oder „Für Österreich da, statt für EU & Finanzmafia“ gehen. Ausdrücklich abgelehnt wird von der FPÖ eine EU-Mitgliedschaft der Türkei.

FPÖ-Spitzenkandidat bei der Wahl ist der Burschenschafter Andreas Mölzer (Jg. 1952). Der einstige FPÖ-Chefideologe ist zurzeit einziger EU-Parlamentarier der FPÖ. Bei der Europawahl 2004 hatte die damals in sich zerstrittene FPÖ ein Ergebnis von lediglich 6,3 Prozent erzielt. Mölzer gilt als „Motor der eurorechten Idee“, so die führende rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“. Ende Januar fand in Wien eine von Mölzer organisierte Konferenz statt, zu der sich neben Repräsentanten der FPÖ Funktionäre des Vlaams Belang (Belgien), Front National (Frankreich), Lega Nord (Italien), Ataka (Bulgarien), Dänische Volkspartei, Schweizerische Volkspartei, Radikale Partei Serbiens, Alternativa Espanola (Spanien), Forza Nuova (Italien), „pro“-Bewegung, DVU und der „Kontinent Europa Stiftung“, einem Zusammenschluss europäisch denkender Nationalisten, eingefunden hatten. Der Vision von Mölzer zufolge sollen sich diese Parteien unter einer Dachorganisation namens „Europäische Patriotische Partei“ verbrüdern.

Seit Jahrzehnten ist Mölzer, zeitweilig Chefredakteur der extrem rechten Wochenzeitung „Zur Zeit“, ein beliebter Referent und Publizist in rechtsextremen Zusammenhängen. Mehrfach referierte Mölzer bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament tritt die FPÖ mit einer 15-köpfigen Liste an. Darunter sind auch die Kandidaten Christian Haager und Elmar Dirnberger. Haager meldete sich jüngst als Leserbriefschreiber in der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) zu Wort. Der FPÖ-Kandidat bekannte, dass „es jedesmal eine „Freude“ sei, „die Zeitschrift zu bekommen.“ 2008 hatte die deutsche Bundesregierung „alle Bibliotheken und Fachinformationsstellen im Fachinformationswesen der Bundeswehr“ angewiesen, den Bezug der DMZ einzustellen, da diese dem „rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen“ sei. Immer wieder, so die Bundesregierung, würden in dem Blatt geschichtsrevisionistische Artikel erscheinen. Der Waffenstudent Dirnberger war in den 70er Jahren für die neonazistische „Aktion Neue Rechte“ (ANR) an der Wiener Universität aktiv. In den 90er Jahren wurde Dirnberger von der rechtsextremen Monatszeitschrift „Die Aula“ als „exponierter Vertreter der Volkstreuen Verbände“ gelobt. Heute ist Dirnberger Geschäftsführer der Magnum Immobilien GmbH, die immer wieder mit Anzeigen im extrem rechten Blätterwald, darunter der „Aula“, auf sich aufmerksam macht.

„Eine gewisse Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut“

Strache wurde an die Spitze der FPÖ gewählt, nachdem sein seit 1986 amtierender Vorgänger Jörg Haider den Austritt aus der Partei erklärt hatte und später das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), eine Art Kärntner CSU, ins Leben rief. Unter Straches Führung, selbst Burschenschafter, ist die Funktionärsschicht der FPÖ so deutschnational wie lange nicht mehr. Burschenschaften, die von Haider ab Mitte der 90er Jahre immer mehr an den Rand gedrängt wurden, sind heute wieder eng mit der FPÖ vernetzt. Der langjährige FPÖ-Kader Martin Graf, Mitglied der rechtsextremen Wiener Burschenschaft Olympia, ist amtierender Dritter Nationalratspräsident. FPÖ-Nationalrat Harald Stefan, ebenfalls Olympia-Mitglied, ist Gründungsmitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG), die am äußersten rechten Rand der Korporiertenszene angesiedelt ist. Zum Kreis der FPÖ-Nationalräte zählt auch die Grazerin Susanne Winter. Sie war mehrfach mit Leserbriefen in der antisemitischen

Hetzschrift „Phoenix“ des knasterfahrenen Holocaust-Leugners Walter Ochsenberger aufgefallen.

Unter der Führung von Strache fährt die FPÖ auf parlamentarischem Erfolgskurs. Bei der Nationalratswahl im September 2008 erzielte die FPÖ 17,7 Prozent (2006: 11,0 Prozent). Bei den unter 30-Jährigen ist sie landesweit stärkste Partei, nicht zuletzt bei den Erstwähler/innen: 44 Prozent der 16- bis 19-jährigen Erstwähler/innen gaben der FPÖ ihre Stimme. Erfolgreich intensiviert hat Strache im Verbund mit Mölzer die Kontakte zu Gleichgesinnten in Europa. Zu den Ansprechpartnern in Deutschland zählen neben anderen die Funktionäre der rechtspopulistischen „pro“-Bewegung.

Strache selbst ist seit Jahrzehnten tief im extrem rechten Milieu verankert. Am 31. Dezember 1989 wurde er in Dippach nahe der Ortschaft Hilders im Landkreis Fulda gemeinsam mit weiteren Gesinnungskameraden von der Polizei in Verwahrung genommen. Strache soll an einer verbotenen Veranstaltung der neonazistischen „Wiking-Jugend“ teilgenommen haben. 1990 war Strache bei einer DVU-Veranstaltung in der Nibelungenhalle im niederbayerischen Passau zu Gast. Einen Schreckschussrevolver, den er mit sich führte, nahm ihm die Polizei ab. Wegen Verstoßes gegen das bayerische Versammlungsgesetz erhielt Strache eine Geldstrafe. Mit Strache war aus Österreich damals auch Norbert Burger, Gründer der 1988 wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP), angereist.

Am 8. Mai 2004 hatten rund 350 Burschenschafter in Wien demonstriert. Anlässlich einer „Heldenehrung“ für nationalsozialistische Soldaten waren sie in einem Fackelzug zur Krypta am Heldenplatz gezogen. Strache, damals frischgebackener Wiener FPÖ-Landesvorsitzender, verteidigte die Veranstaltung. In seiner „Totenrede“ wurden die Gefallenen als Helden gefeiert. Im Januar 2007 tauchten Fotos auf, die Strache Ende der 80er Jahre bei wehrsportähnlichen Aktivitäten in den Kärntner Bergen zeigen. Bereits im Jahr 2004 hatte das Oberlandesgericht Wien in einem Prozess festgestellt, dass Strache in seiner Geisteswelt und Diktion seit seinem Einstieg in die Politik stets eine gewisse „Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut“ habe erkennen lassen.

Anton Maegerle

Gebremster Höhenflug

Dem extrem rechten Vlaams Belang könnte im flämischen Landesteil Belgiens eine neue rechtspopulistische Formation Konkurrenz machen – für Negativschlagzeilen sorgt im französischsprachigen Wallonien der Front National.

In Belgien ist die extreme Rechte vor allem im nördlichen, niederländischsprachigen Landesteil – Flandern – seit zwei Jahrzehnten gut verankert. Die wichtigste flämische nationalistische und rassistische Partei, die 1979 gegründet wurde, hieß noch bis im November 2004 Vlaams Blok (VB, Flämischer Block). Nachdem der oberste Gerichtshof Belgiens die Partei als rassistisch eingestuft und ihr deswegen das Anrecht auf staatliche Parteienfinanzierung entzogen hatte, wurde sie in Vlaams Belang (Flämisches Interesse) umbenannt. Auf einem Parteitag gründete die Formation sich formal, unter dem verändertem Namen, kurzerhand neu.

Nach den belgischen Parlamentswahlen vom Juni 2007 avancierte der Vlaams Belang (VB) zur stärksten politischen Kraft im flämischen Landesteil, mit 24,5 Prozent der Stimmen (in Flandern) und der stärksten Parlamentsfraktion im Regionalparlament. Bei den Europawahlen im Juni 2004 erzielte der VB (damals noch Vlaams Blok) landesweit knapp 15 Prozent und drei Abgeordnete im Europaparlament.

Der flämische Nationalismus, der dereinst – im 19. und frühen 20. Jahrhundert – gegen eine echte sprachliche und dahinter stehende soziale Benachteiligung der niederländischsprachigen Belgier durch die damaligen französischsprachigen Eliten kämpfte, hat seit längerem das hässliche Antlitz eines Revanchebegehrens angenommen. Schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg hatten flämische Nationalisten mit der deutschen Armee und Besatzungsmacht zusammen gearbeitet, Nazikollaborateure und SS-Freiwillige hervorgebracht. Das historische Erbe dieser dunklen Jahre prägt Teile des flämischen Nationalismus, der ab 1979 im VB aufgegangen ist, bis heute. Zudem ist der flämische Nationalismus auch Träger des politischen Projekts, das nationale (gesamtbelgische) Sozialversicherungssystem zu zerstören, da man es satt habe, den inzwischen ärmeren französischsprachigen Landesteil durch den Transfer von Sozialbeiträgen „durchzufüttern“. In dieser Hinsicht ähnelt die Programmatik des VB

jener der italienischen Lega Nord, die ebenfalls ein Ende der Subventionen für den ärmeren Süden fordert.

Dieser Programmpunkt gegen den bestehenden Sozialstaat hat dafür gesorgt, dass der VB auch neo- oder wirtschaftliberalen Tendenzen politischen Ausdruck zu verleihen vermochte. Der seit März 2008 amtierende VB-Vorsitzende Bruno Valkeniers steht stellvertretend für diese Verkopplung von Wirtschaftsprofil und flämischem Nationalismus: Der neue Parteichef ist ein führender Wirtschaftsvertreter, der seit 2006 eines der größten Unternehmen im Hafen von Antwerpen leitet. Dennoch gilt er gleichzeitig auch als Nationalist, der ein „hartes" ideologisches Profil aufweist. Noch im Jahr 2007 erklärte Valkeniers, dass er gegen „gelegentliche" Straßengewalt nichts einzuwenden habe, und hinter einem glatten, höflichen Erscheinungsbild hetzt er offen gegen Homosexuelle und Einwanderer.

„Einzige Opposition gegen die da oben"

Bislang bezog der Vlaams Belang seine Stärke daraus, dass er drei Themenfelder besetzte und zu einem einzigen Diskurs zusammenzog: den Rassismus gegen Einwanderer, die Ablehnung des belgischen Zentralstaats (zugunsten der Bildung eines germanischen, niederländischsprachigen Separatstaats) und eine populistische Pose der „einzigen Opposition" gegen „die da oben, all die Korrupten und Volksfernen". Vor allem Letztere und das „Ausländerthema" bescherten der Partei ihre Massenwirksamkeit. Die separatistische Dimension zog dabei weniger stark, wie eine Umfrage Anfang 2009 ausdrücklich bestätigte.

Nunmehr ist dem VB aber Konkurrenz erwachsen, die den Wählern verspricht, beispielsweise den Populismus und das Wettern gegen die „korrupten Politiker" ohne den Rassismus zu haben. Seit den belgischen Parlamentswahlen von 2007 sucht eine neue und eher populistische Liste dem VB in Flandern seinen Rang als „einzige konsequente Opposition gegen den Politikerkonsens" streitig zu machen: Die LDD oder Liste Dedecker bezieht ihren Namen von ihrem Gründer, dem früheren Judo-Nationaltrainer Jean-Marie Dedecker. Der 56-Jährige und seine Anhänger spalteten sich von einer rechtsliberalen Partei ab, um eine eigene Liste zu gründen.

In Flandern konnte die neue Liste, die bei den Parlamentswahlen 2007 noch 6,5 Prozent erhielt, in den letzten Monaten eine erhebliche Anziehungskraft entfalten. Obwohl es – angesichts der Allmacht des Chefs – seit kurzem zu erheblichen Streitigkeiten gekommen ist, erlebte sie seit Anfang dieses Jahres einen wahren Höheflug: Im Januar sagten Umfragen ihr für die belgischen Regionalwahlen, die (wie die Europaparlamentswahl) ebenfalls im Juni stattfinden, 16 Prozent der Stimmen vorher. Die Wahlabsichten für den VB waren zu Jahresbeginn zugleich von zuvor 25 auf nur noch 16 Prozent gesunken. Abzuwarten bleibt, ob und wie sich der innerparteiliche Machtkampf bei der LDD auf die Ergebnisse – sowohl der Regional- als auch der Europawahl – auswirken wird.

Die LDD droht dem Vlaams Belang zwar einen Teil seiner früheren Wähler abspenstig zu machen. Gleichzeitig hat sein Auftauchen aus Sicht der rechtsextremen flämischen Partei aber auch positive Effekte: Erstmals trat mit der Liste Dedecker eine erstarkende politische Kraft auf, die das seit Jahren über den VB verhängte Zusammenarbeitsverbot in Gestalt des so genannten Cordon sanitaire – an die bürgerliche ebenso wie linke Parteien sich bislang gemeinsam hielten – offen übertritt. Die LDD erklärte sich stets für unterschiedliche Bündniskonstellationen offen und bezog darin, neben flämischen Liberalen und Christdemokraten, auch die extreme Rechte ausdrücklich ein. Allerdings konnte sie dadurch zugleich prominente Überläufer aus den Reihen des VB anziehen.

Hingegen steht es um die extreme Rechte in Wallonien derzeit eher schlecht bestellt. Ihre wichtigste Kraft war seit längerem der 1985 gegründete Front National (FN), der sich zwar an das Vorbild der gleichnamigen französischen Partei unter Jean-Marie Le Pen anlehnte, aber dabei in der Öffentlichkeit ein wesentlich extremistischeres und randständigeres Profil hatte. Die Partei, die 2007 ihren Gründer und früheren Vorsitzenden Daniel Féret ausschloss, ist seit Monaten nur noch in Negativschlagzeilen geraten. Ihr zeitweiliger Vorsitzender Michel Delacroix musste zurücktreten, nachdem im November 2008 ein Video auftauchte, in dem man ihn dabei sehen und hören konnte, wie er ein „Liedchen" über die Judenvernichtung trällerte. Überdies ist die frühere Parteiführung in rivalisierende „Clans" zerfallen.

Bernhard Schmid

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Unternehmen „Overlord“

Im Juni vor 65 Jahren begann die Offensive der Westalliierten zur Befreiung Europas in der Normandie – die deutschen Besatzer verübten zeitgleich Massaker an der französischen Zivilbevölkerung.

Es war und ist das bisher größte Landungsmanöver in der Geschichte. Deshalb wird wohl auch US-Präsident Barack Obama nach Europa kommen und am 6. Juni an den Gedenkfeiern in der Normandie teilnehmen. Das ist nämlich der Tag, an dem vor 65 Jahren in den frühen Morgenstunden die ersten GIs versuchten, in der französischen Normandie an Land zu gelangen. Sie sollten einen Brückenkopf bilden, von dem aus die Westalliierten die Befreiung Europas einleiten wollten. Die Verluste der ersten Welle waren schockierend. Die Soldaten mussten ihre Landungsboote im flachen Wasser vor dem Strand verlassen und weitgehend schutzlos ins Maschinenfeuer der Wehrmacht waten. Außerdem hatten die Deutschen im Wasser unsichtbare Fallen aufgestellt und die Strände dicht vermint. Von der ersten Angriffswelle hat kaum jemand überlebt. Ehe erste feste Stellungen und Unterkünfte errichtet werden konnten, vergingen viele Stunden. Die Deutschen blieben in ihren Bunkern und Unterständen des Atlantikwalls, bis die Alliierten sie vertrieben. Erst am 25. August war das Unternehmen „Overlord“ mit der Befreiung von Paris förmlich beendet.

Theoretisch begonnen hatte es bereits im November 1943 bei der Konferenz der drei Großmächte USA, England und UdSSR in Teheran. Vor der Planung hatte Stalin sich bereit erklärt, im Sommer 1944 – exakt drei Jahre nach dem deutschen Überfall vom Juni 1941 – mit einer gewaltigen Offensive die Deutschen aus der UdSSR zu vertreiben. Voraussetzung für diesen Großeinsatz – so Stalin – war aber der Aufbau einer „zweiten Front“ in Westeuropa. Nach der Zusage Washingtons und Londons wurde dann die Zangenbewegung beschlossen.

In beiden Staaten setzten sich die Stabschefs zusammen und erörterten ungezählte Detailfragen. Wie viele Schiffe werden gebraucht, wie viele Divisionen, welche Spezialeinheiten und vieles andere mehr? Die US- und die kanadischen Streitkräfte sollten auf der britischen Insel zusammengezogen werden. Die britische und französische Bevölkerung wurde aufgerufen, Fotos von der Küste und vom Hinterland des französischen Festlandes zur Verfügung zu stellen. Jedes Haus, jeder Weg, jede Gasse wurde in London Teil einer riesigen Karte, damit die Landungstruppen sich orientieren konnten.

Die Planer in den USA befanden sich zu dem Zeitpunkt in großen Schwierigkeiten. Der Schwerpunkt ihres militärischen Engagements lag damals nämlich im Pazifik im Kampf gegen die japanischen Invasoren. Auch deshalb begannen amerikanische Werften mit dem Bau der „Liberty-Schiffe“, die ohne aufwändige Technik schnell fertig waren. Die Industrie und die Militärs leisteten Hervorragendes in kürzester Zeit. Am 6. Juni vor 65 Jahren war alles bereit. Die Befreiung Europas begann.

Die deutschen Verteidiger taten sich schwer mit dem Rückzug. Um so grausamer war ihre Rache an der französischen Bevölkerung. Das hing auch mit dem wachsenden Widerstand der Zivilbevölkerung zusammen, die den Tag der Freiheit kommen sah. Angriffe auf die Besatzung häuften sich. Telefonnetze, Eisenbahnschienen und Kommunikationssysteme wurden unterbrochen oder zerstört, das Besatzungssystem geriet ins Wanken. In dem kleinen Ort Oradour-sur-Glane zum Beispiel war es Partisanen gelungen, einige deutsche Soldaten zu erschießen. Die Rache ist in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges eingegangen.

Am 10. Juni 1944, also vier Tage nach „Overlord“, umstellte die SS-Kompanie „Das Reich“ das Dorf. SS-Obersturmbannführer Adolf Diekmann befahl, der Bürgermeister solle 30 Geiseln benennen. Diese seien den Partisanen zu übergeben. Dafür müsse ein von örtlichen Partisanen gefangen genommener SS-Führer freigelassen werden. Ein anderer SS-Führer entschied jedoch, die männlichen Bewohner erschießen zu lassen. Die Frauen und Kinder sollten zuvor in der Dorfkirche lebendigen Leibes verbrannt werden. 642 Tote waren das Ergebnis – eines der schlimmsten Kriegsverbrechen, das kaum gesühnt werde konnte. Die Beteiligten .sind entweder kurz darauf in Kämpfen „gefallen“ oder konnten nicht ausfindig gemacht werden. Nach dem Krieg ist neben dem niedergebrannten Dorf ein neues Oradour-sur-Glane errichtet worden.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Republikaner zur DVU

Frankfurt – Tony Fiedler (20), bislang jüngstes Mitglied im Republikaner-Bundesvorstand, hat seinen Wechsel zur DVU erklärt. Das Projekt „Deutsche Rechte" sei „zu wichtig, um Zeit zu verschwenden und sich in Gremien von Parteien herumzuärgern, deren Führungen an einem wirklichen politischen Erfolg scheinbar nicht interessiert sind", begründete er seinen Wechsel. In seiner neuen Partei übernimmt er bereits Aufgaben: „In nächster Zeit" werde eine „Arbeitsgemeinschaft ‚Junge Rechte' in der DVU" gegründet werden, teilte er mit. Fiedler hatte Mitte April in einem Interview mit der Internetseite „Gesamtrechts" Überlegungen für eine „rechte Sammlungspartei" angestellt und für eine Zusammenarbeit zwischen REP und DVU plädiert. Lob hatte er aber auch für jene Teile der NPD parat, die in Gegnerschaft zu Parteichef Udo Voigt stehen. Nach dem Interview war der Frankfurter Jura-Student vom REP-Bundesvorstand gerüffelt worden: Seine Äußerungen seien „eine Einzelmeinung und stehen im Widerspruch zur Position der Partei". Fiedler werde „aufgefordert, sich künftig nicht mehr von Gegnern der Partei aus dem ultrarechten Spektrum (NPD, DVU etc.) gegen die eigene Partei instrumentieren zu lassen". „Bei den Republikanern ist Meinungsvielfalt nicht gestattet", kontert Fiedler nun. In ihrem „Abgrenzungswahn" hätten sich die Republikaner als Partei isoliert. Fiedler: „Die Partei hat keine nennenswerten finanziellen Reserven mehr, die Mitglieder werden demotiviert, hintergangen und belogen. Es geht Fr. Winkelsett, J. Gärtner, Dr. Schlierer und wie sie alle heißen mögen, nur noch darum, Geld aus der Partei zu pressen." Mit Fiedler verließen auch Michael Münch (Ex-Mitglied im Frankfurter Kreisvorstand), Horst Kügler (Ex-Mitglied im südhessischen Bezirksvorstand) und Detlef Nolde (Ex-Ortsvorsitzender in Treptow-Köpenick) die Partei. (ts)

Tiefbrauner Kandidat

Bechtheim – Klaus Acker (Bechtheim), NPD-Landesvorstandsmitglied in Rheinland-Pfalz, ist Spitzenkandidat der rechtsextremen Partei im Wahlkreis Alzey-Worms bei der Kommunalwahl am 7. Juni. Acker war früher stellvertretender Vorsitzender der Neonazi-Knastorganisation „Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV). Gegründet wurde das IHV 1987 von dem Holocaust-Leugner Ernst Tag als Konkurrenzorganisation zur „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG). Zeitweilig wirkte Acker als rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), die 1995 verboten wurde. Name und Anschrift Ackers finden sich in den Adressenkarteien der 1992 verbotenen Neonazitruppe „Nationalistische Front" (NF) und der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), außerdem im Adressenverzeichnis der 1991 verstorbenen Neonazi-Ikone Michael Kühnen. Acker, so erinnert sich der seinerzeitige Kühnen-Gefolgsmann Thomas Brehl, nahm früher an „Veranstaltungen mit eindeutig nationalsozialistischem Charakter teil". In Erinnerung ist dem Neonazi-Kader besonders Ackers „Prahlerei mit diversen Kampfsportarten" geblieben. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de